

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrter Bürgermeister,

um es gleich vorweg zu nehmen, wir sind eine Bürgerinitiative die etwas Nutzenstiftendes erreichen und die mitwirken will. Wir sind **nicht** angetreten, um etwas zu verhindern. Es geht heute um eine verkehrspolitische Weichenstellung und um die Zukunft der Menschen in Herzogenaurach.

Uns ging es bei der Beantragung des Bürgerbegehrens um nichts anderes, als um die Feststellung von Fakten – um Wahrheiten.

Hier noch einmal die bekannten Fakten zu „Pro-Aurachtalbahn“:

**Die bisher genannte Daten bezüglich Nutzung sind hervorragend**

Bereits in der Intraplan-Studie von 2012 wird 5.700 Tagesnutzer auf der Aurachtaltrasse (Stadtgrenze Hza –ER) ausgewiesen, mehr als auf dem StUB-L-Ast. Zu lesen ist dort sogar von der Notwendigkeit zu Verstärkerzügen.

**Erhöhung des Nutzens durch den Siemens-Campus**

Es entstehen hier 14.000 Arbeitsplätze, direkt an der Trasse im Bereich Bahnhof Bruck / Paul-Gossenstraße. Diese Tatsache wird in allen Intraplan-Studien unterschlagen, auch in der von 2015.

**Schnelle Verbindung**

Kurze Fahrzeiten sind der wesentlichste Erfolgsfaktor von ÖPNV-Angeboten. Die direkte Verbindung in das S-Bahn-Netz eröffnet schnelle Optionen in die gesamte Metropol-Region.

**Bisher bekannte Daten zu Kosten bewegen sich im kleinen zweistelligen Millionenbereich**

Es bedarf keiner großen Bauwerke, da diese bereits existieren. Die erwartbaren Kosten bewegen in Größenordnungen weit unter den freien liquiden Mitteln der Stadt Herzogenaurach liegen. Damit eröffnen sich völlig neue Finanzierungsoptionen – andere Städte haben es vorgemacht z.B. (Ulm/Senden-Weißenhorn)

**Konkurrenz zur StUB?**

Aktuelle StUB- Nutzer-Zahlen (mit Verdoppelung) zeigen, dass StUB und S-Bahn sich in idealer Weise ergänzen könnten: StUB ist die Lösung für Büchenbach und den Hza-Nord-Korridor (evtl. Incl. Reha-Klinik und Atlantis). Die Aurachtalbahn bedient das komplette Aurachtal, Schaeffler, Hza-Mitte und Süd sowie Niederndorf.

**Realisierungszeit**

Eine vorhandene Trasse bedeutet Entfall zeit- und kostenaufwendiger Grundbeschaffungen, und ein geringes Einspruchsrisiko. Die Aurachtal-S-Bahn kann in wenigen Jahren fahren und die dringende Entlastung von Niederndorf bringen

**Kein zusätzlicher Flächenverbrauch.**

Jede neue Trasse, egal ob Straße oder Bahn, verschlingt gewaltige Flächen und teilt Landschaften. Bei einer Trasse, die seit 1984 existiert, entfallen diese schädlichen Wirkungen.

### Technische Machbarkeit.

In Frage steht die Einbindung in Bruck. Prinzipiell ist zu entgegnen, dass in ER durchgängig die Option plangenehmigter Gleise 5 und 6 existiert, durch Augenschein einfach festzustellen z.B. im Bereich der Brücke an der Güterhallenstraße. Die optimale Nutzung dieser vorgehaltenen Flächen ist eines der Ziele der von uns geforderten Untersuchung. Das sind die Fakten!

Ich würde gerne auf die Empfehlung der Verwaltung und die dort genannten Begründungen zur Ablehnung unseres Antrages eingehen. Die Begründung liegt mir seitens der Stadt bis heute nicht vor. Merkwürdigerweise lagen die Beschlussvorlage des Hauptamtsleiters und das Statement der Regierung von Mittelfranken bereits am 24.1.2019 nachmittags der örtlichen Presse vor, noch bevor

Die Bürgerinitiative appelliert an die gewählten Vertreter der Stadt, unserem Antrag zuzustimmen.

Begründung:

Unser Antrag hat zum Gegenstand, die wirtschaftlichen Daten und die technische Machbarkeit einer S-Bahn im Aurachtal neutral zu **prüfen**.

Diese Prüfung ist notwendig, nachdem jahrelang von den offiziellen Vertretern der Stadt öffentlich ablehnende Wertungen erfolgt sind und die Bürgerinnen und Bürger mit falschen Aussagen (fake news) getäuscht wurden.

Zitat Hacker:

- Die Trasse wurde von einem Fachbüro geprüft. Sie musste klar ausscheiden, für die StUB und als Option eines S-Bahn-Astes. Beides musste klar ausscheiden, weil es nicht förderfähig und betriebstechnisch nicht sinnvoll realisierbar ist ... Es wird nur ein Kosten-Nutzen-Faktor von 0,7 erreicht. Die Anbindung als S-Bahn sei in Bruck nicht ausreichend (NN vom 17.11.2016).
- Es gibt für eine Förderung ganz klare formale Regeln, vor allen den Kosten- Nutzen- Faktor. Und auf der alten Bahntrasse können die Bahn zu wenige Menschen nutzen. (NN vom 8.12.2016)

Diese pauschalen Aussagen und Wertungen sind für viele Wählerinnen und Wähler nicht nachvollziehbar. Es steht nach wie vor eine Standardisierte Bewertung der Aurachtalbahn, von einem, vom Zweckverband Stadt-Umland-Bahn unabhängigen Planungsbüro, aus.

Es kann ja nicht sein, dass es einem Stadtrat oder Stadtverwaltungen untersagt wird, eine Studie in Auftrag zu geben, die beispielsweise ein prognostiziertes Fahrgastaufkommen und mögliche technischen Anforderungen in Form, vergleichbar eines Standardisierte Bewertungsverfahren, untersucht. Wenn sie Stellungnahme von der Regierung von Mittelfranken lesen, steht wortwörtlich drin, dass eine Machbarkeitsstudie eines unabhängigen Dritten für ein derartiges Projekt nachgewiesen sein muss.

In der rechtlichen Stellungnahme der Regierung von Mittelfranken wird fälschlicherweise unterstellt, dass die Bürgerinitiative die Stadt auffordert, eine S-Bahn zu **planen**. Diese Aussage ist 1. unseriös und 2. falsch. Diese Unterstellung trifft einfach nicht zu. Es geht

ausschließlich darum, eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu erstellen - zu Fragen mit äußerst weitreichenden Folgen für die weitere Entwicklung unserer Stadt.

**Prüfen ist etwas anderes als Planen.** Je nach Ausgang der Prüfung wäre dann erst im nächsten Schritt die konkrete Planung der zuständigen Stelle an der Reihe.

Wir verweisen hierzu auch auf die Behandlung des Antrages der CSU-Fraktion in der Stadtratssitzung am 17. Mai 2018. Bei dem gleichlautenden Antrag wurde **nicht** über die Unzulässigkeit der Fragestellung diskutiert, obwohl wie stets oberlehrerhaft in der lokalen Presse am 5.5.2018 steht: Die S-Bahnen unterliegen Eisenbahnrecht und sind kommunal. Hier frage ich hier die Anwesenden: Warum war das kein Thema?

Rechtlich gesehen ist eine Ablehnung unserer Fragestellung nicht zulässig, ohne die in unserem Antrag ausdrücklich geforderte Möglichkeit der Änderungen, falls Zweifel an der Klarheit der Formulierung bestehen.

Eine Entscheidung des VGH München schützt eindeutig die Rechte der Bürger. In dieser Entscheidung wird darauf verwiesen, dass auch im öffentlichen Recht Anträge von Bürgern sowohl bei Gericht, als auch gegenüber der Verwaltung bürgerfreundlich auszulegen sind und in eine rechtskonforme Form gebracht werden sollen.

Es besteht also eine Beratungs-/Mitwirkungspflicht der Verwaltung. Diese wurde bislang verweigert, eine Ablehnung ohne eine derartige Beratung ist damit rechtswidrig.

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, wir bitten bei Ihrer Entscheidung zu bedenken, dass es um eine verkehrspolitische Sachfrage geht, und nicht um juristische Spitzfindigkeiten. Rund 2.200 Bürgerinnen und Bürger, die auch Wähler sind, haben definitiv mit ihrer Unterschrift ihren Willen geäußert, dass endlich belastbare Fakten erstellt werden sollen. Ich glaube nicht, dass es politisch klug wäre diese Stimmen zu ignorieren.

Darüber hinaus wurde bei der Unterschriftensammlung deutlich: Die Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, dass ihnen die vom Volk gewählten Vertreter nicht mehr zuhören. Ich habe den Eindruck, diese Stimmung wird von einigen Lokalpolitikern hier im Stadtparlament noch nicht wahrgenommen.

Die Stadt Herzogenaurach sieht verächtlich auf die vorhandene Trasse der Aurachtalbahn herab und die Befürworter passen, aus Sicht der Stadt, aktuell nicht in die politische Landschaft. Ulrich Maly spricht bereits heute von Kosten von über 500 Mio. Euro. Was ist, wenn die StUB aus finanziellen Gründen gestoppt wird? Wir, die Bürgerinitiative, gehen davon aus! Deshalb wird die Bürgerinitiative „Pro Aurachtal“ nach wie vor alles tun, was in ihrer Macht steht, damit Herzogenaurach am Ende nicht mit leeren Händen dasteht.

Im März 2020 sind Kommunalwahlen! Und ich brauche kein Prophet zu sein: Die politische Landschaft in Herzogenaurach wird, hier im Stadtparlament, nicht mehr so ausschauen wie heute Abend. Die gestern (28.01.) vom Meinungsforschungsinstituts Forsa veröffentlichte Umfrage sieht die SPD in Bayern nur noch bei sechs Prozent.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.